

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1914

"Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung - Bayern braucht Versöhnung und Transparenz!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1914 vom 24.04.2024
2. Beschluss des Plenums 19/1970 vom 25.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 25.04.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung – Bayern braucht Versöhnung und Transparenz!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Coronapandemie war die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft seit dem 2. Weltkrieg. Gemeinsam haben wir diese Herausforderung gemeistert. Nichtsdestotrotz ist es in dieser völlig neuen Situation zu Fehlern, Versäumnissen und Verletzungen gekommen. Gerade junge Menschen und Familien litten besonders unter den zu langen Kita- und Schulschließungen und haben bis heute mit psychischen Belastungen zu kämpfen. Eine offene und sachliche Aufarbeitung ist daher notwendig, um Lehren für die Zukunft zu ziehen und die Gesellschaft zu versöhnen.

Hierfür soll ein Bürgerrat nach folgender Maßgabe eingesetzt werden:

1. Auftrag

Der Bürgerrat soll den Blick auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Entscheidungen und Verlautbarungen richten und die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger in die politische Debatte einbringen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der Rolle des Staates im Spannungsfeld von individueller Freiheit und Verantwortung für die Gesellschaft liegen.

2. Zusammensetzung

Dem Bürgerrat gehören 40 Personen an, die nach dem Zufallsprinzip aus allen Menschen über 16 Jahren mit Erstwohnsitz in Bayern ausgewählt werden.

Die Zufallsauswahl erfolgt nach einem mehrstufigen, stratifizierenden Verfahren. Dabei soll eine ausgewogene Beteiligung mit Blick auf die soziodemografischen Kriterien Alter, Geschlecht, regionale Herkunft, Gemeindegröße und Bildungshintergrund erreicht werden.

3. Arbeitsweise

Die Beratungen des Bürgerrates werden durch eine inhaltlich neutrale Moderation geleitet, die für eine ausgewogene Beteiligung der Teilnehmenden sorgt. Zur Vermittlung des erforderlichen Wissens und einer fachlich fundierten Begleitung wird der Bürgerrat durch Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis unterstützt. Ziel ist es, einen möglichst umfassenden und objektiven Überblick über Stand und Breite der Diskussion zur jeweiligen Fragestellung zu geben. Einzelpositionen werden als solche dargestellt und eingeordnet. Expertinnen und Experten sollen insbesondere den Bereichen öffentlicher Gesundheitsdienst, Medizin, Bildung, Pflege und frühkindlicher Pädagogik angehören und auch von ihren Erfahrungen in der Pandemie berichten.

Der Verlauf der Beratungen des Bürgerrates wird der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich gemacht. Dabei ist der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, dass die Deliberation der Teilnehmenden in einem geschützten Raum erfolgen soll. Die Beratungen in Kleingruppen sind nicht öffentlich. Der Bürgerrat kann Einsicht in die der Kommission vorliegenden Akten nehmen.

Nach Maßgabe der verfügbaren Kapazitäten kann einzelnen Abgeordneten und Vertretern der Presse Zugang zu den Sitzungen des Bürgerrates gewährt werden. Eine inhaltliche Berichterstattung aus nicht öffentlichen Teilen ist erst nach der Schlussabstimmung über die Empfehlungen des Bürgerrates zulässig.

Über eine Website und andere geeignete digitale Kanäle werden Informationen, Dokumente und weiteres Material bereitgestellt. Vorträge und Stellungnahmen von Expertinnen und Experten werden auf der Website des Bürgerrates dokumentiert.

Der Bürgerrat legt dem Landtag bis zum 31. Mai 2025 seine Handlungsempfehlungen in Form eines schriftlichen Bürgergutachtens vor. Zu dem Bericht findet eine Aussprache statt.

Begründung:

Deutschland konnte die Coronapandemie vergleichsweise gut bewältigen. Es waren weniger Tote und Langzeiterkrankte als in anderen Ländern zu beklagen. Dank tatkräftiger Politik wurde auch die Wirtschaft gestützt und Kulturschaffende, Gastronomie und Handel konnten durchhalten. Die Bewältigung der Coronapandemie war sehr herausfordernd und Entscheidungen sind definitiv nicht leichtfertig getroffen worden. Die Politik hat alles dafür getan, die Menschen zu schützen. Dennoch ist es in dieser Zeit zu Fehlern gekommen, die aufgearbeitet werden müssen. Über Corona in vernünftiger und einführender Weise nachzudenken, ist für uns als Gesellschaft wichtig. Nur so können wir Gräben wieder beseitigen, aus Fehlern lernen und uns richtige Entscheidungen für die Zukunft merken.

Trotz aller Bemühungen haben etwa viele Kinder und Jugendliche durch die langen Schulschließungen psychische Probleme davongetragen, gerade Familien mit Kindern waren stark belastet. Es gab mehrere Phasen, in denen Schulen und Kitas in Bayern geschlossen wurden. Die erste umfangreiche Schließung begann am 16.03.2020 als Teil des bundesweiten Lockdowns, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Diese erste Schließungsphase dauerte bis zum Ende des Schuljahres, mit schrittweisen Öffnungen und einem Wechsel zu einem Hybridmodell aus Präsenz- und Fernunterricht ab Mai 2020. Im Herbst 2020 wurden erneut strengere Maßnahmen eingeführt, einschließlich der teilweisen oder vollständigen Schließung von Bildungseinrichtungen in besonders betroffenen Regionen. Eine landesweite Schließung erfolgte erneut ab dem 16.12.2020; diese dauerte bis ins Frühjahr 2021 an.

Der Bundesminister für Gesundheit Prof. Dr. Karl Lauterbach hält die langen Schulschließungen im Nachhinein für einen Fehler und fordert eine Aufarbeitung. Die bayerische Staatsregierung verteidigt dagegen die umstrittenen langen Schul- und Kita-Schließungen auf SPD-Anfrage hin als „angemessen und verhältnismäßig“ und verweigert die Offenlegung der relevanten Akten. Notwendig ist nun Versöhnung und Transparenz. Sämtliche Akten müssen zwingend offengelegt werden. Etliche Regelungen – etwa beim Umgang mit Alten und Kranken, in Gaststätten, für Gottesdienste oder allgemeine Ausgangsbeschränkungen – bedürfen der Evaluation. Da Grundrechte erheblich eingeschränkt wurden, haben Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf, die Vorgänge nachvollziehen zu können. Es muss daher – angelehnt an den vom Deutschen Bundestag eingerichteten Bürgerrat – ein Bürgerrat eingesetzt werden, um politische Entscheidungen zu analysieren und Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Daneben sollte unseres Erachtens auch eine parlamentarische Kommission wie folgt eingerichtet werden:

1. Auftrag

Die Kommission des Landtags soll die Entscheidungen und Verlautbarungen der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit der Coronapandemie aufarbeiten und aus damaliger und heutiger Sicht bewerten. Sie soll auch Handlungsempfehlungen für die Zukunft erarbeiten.

2. Zusammensetzung

Der Kommission gehören 6 Personen an. Jede Fraktion im Landtag benennt ein Mitglied aus ihren Reihen. Die Präsidentin des Landtags ist qua Amt Mitglied und Vorsitzende der Kommission. Die Kommission entscheidet mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Die Kommission wird dauernd von 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder Praktikerinnen und Praktikern aus folgenden Bereichen beraten: Epidemiologie, Virologie, Kinder- und Jugendmedizin, Sozialpädagogik, Sozialarbeit oder Rechtswissenschaften. Aus jedem Bereich muss mindestens ein Berater oder eine Beraterin benannt werden. Mindestens fünf Beraterinnen oder Berater müssen Praktikerinnen oder Praktiker sein. Sie werden von den Fraktionen möglichst im Konsens benannt. Soweit keine Einigung erzielt werden kann, sind die Regierungsfraktionen berechtigt, 10 Beraterinnen oder Berater zu benennen und die Oppositionsfraktionen sind berechtigt, 5 Beraterinnen oder Berater zu benennen. Kommt ein gemeinsamer Vorschlag der Oppositionsfraktionen nicht zustande, so gilt jeweils die Kandidatin oder der Kandidat als vorgeschlagen, die oder der von einem Fünftel der Mitglieder des Landtags vorgeschlagen wurde.

3. Arbeitsweise

Die Kommission tagt grundsätzlich öffentlich. Die Staatsregierung hat der Kommission zu Beginn ihrer Tätigkeit unaufgefordert sämtliche Akten im Zusammenhang mit der Coronapandemie – soweit möglich digitalisiert und volltextrecherchefähig – vorzulegen.

Vertreterinnen und Vertreter der relevanten Verbände und Institutionen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der Hilfsorganisationen werden vor Beginn der Beratungen zu einem offenen Anhörungsverfahren eingeladen. Weitere Anhörungen oder Fachgespräche finden auf Antrag von mindestens zwei Mitgliedern statt. Ein Austausch mit dem Bürgerrat findet statt.

Die Kommission legt ihren Abschlussbericht sowie ihre Handlungsempfehlungen bis zum 31. Mai 2025 schriftlich dem Landtag vor. Über den Bericht findet eine Aussprache statt.

Kommission und Bürgerrat zur Aufarbeitung der Coronapandemie in Bayern werden zur dringend notwendigen Versöhnung der Gesellschaft beitragen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/1914

**Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung –
Bayern braucht Versöhnung und Transparenz!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Florian von Brunn
Abg. Carolina Trautner
Abg. Matthias Vogler
Abg. Johannes Becher
Abg. Susann Enders
Abg. Toni Schuberl
Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Ramona Storm
Abg. Doris Rauscher
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Abg. Gerd Mannes

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Als Erstes steht auf der Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung - Bayern braucht Versöhnung und Transparenz! (Drs. 19/1914)

Ich erinnere daran, dass für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Als Erster hat der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Pandemie – das waren wirklich schlimme zwei Jahre. So etwas Einschneidendes und Furchtbare hatten die Menschen lange nicht mehr erlebt, und alle waren betroffen. Ich bin überzeugt davon: Über solche Ereignisse muss man noch mal reden. Verschweigen und verdrängen sind keine Lösung. Wir müssen über die vielen Menschen reden, die wir verloren haben, und über die, die heute noch an den Folgen von Corona leiden. Wir müssen über die Schul- und Kitaschließungen reden und darüber, wie es den Kindern und Familien ging. Und natürlich müssen wir auch über die Einsamkeit und die Isolation durch Lockdowns und Ausgangssperren reden, insbesondere bei älteren Menschen. Bisher hatten wir dazu keine Gelegenheit; denn gleich nach der Pandemie hat Putin die Ukraine überfallen. Nach der Corona-Krise kam der Krieg und damit die nächste Krise, und so konnten wir das nicht richtig aufarbeiten. Wir sind in Deutschland vergleichsweise gut durch diese Pandemie gekommen, und trotzdem gab und gibt es bei uns schlimme soziale und psychische Folgen.

Haben wir in den Familien tatsächlich genügend nachgefragt, wie es ihnen während der Pandemie ging? Haben wir den Kindern danach genug Aufmerksamkeit ge-

schenkt? Wie war es für sie, ihre Freunde und zum Beispiel auch ihre Großeltern nicht zu treffen? Wie haben sie den Distanzunterricht erlebt? Haben wir tatsächlich besprochen, dass die Frauen wieder einmal – wie so oft – alles am Laufen gehalten haben? Haben sie genug Wertschätzung dafür erfahren, wie sie Schul- und Kitaschließungen mit ihren Kindern gemeistert und trotzdem gleichzeitig gearbeitet haben? Haben wir erschöpften und ausgebrannten Pflegekräften sowie Ärztinnen und Ärzten genügend Aufmerksamkeit geschenkt?

Ich finde, es gibt viel nachzuholen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns jetzt die Zeit nehmen, gemeinsam noch einmal über alles zu sprechen, daraus lernen und die richtigen Schlüsse ziehen, konstruktiv und ohne Konfrontation. Dafür schlagen wir als SPD eine Kommission mit unabhängigen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie mit Politikerinnen und Politikern des Landtags vor. Aber mindestens genauso wichtig ist, auch Bürgerinnen und Bürger und nicht nur Experten müssen an der Aufarbeitung beteiligt sein. Deswegen wollen wir einen repräsentativ ausgewählten Bürgerrat einsetzen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Kommission und Bürgerrat sollen innerhalb eines Jahres ihre Berichte vorlegen. Dafür – das ist wichtig – brauchen sie Zugang zu allen relevanten Akten aus dem Bayerischen Kabinett, aus dem Gesundheitsministerium und aus den Behörden. Nur so können wir Gräben überwinden und gemeinsam die richtigen Lehren ziehen. Nur mit vollständiger Transparenz kann auch Vertrauen geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns das jetzt gemeinsam anpacken. Lassen Sie uns überprüfen, ob wir unseren Kindern nach den Schulschließungen genug geholfen haben. Schauen wir nach, was wir an unseren Schulen verbessert haben und verbessern können. Beraten

wir darüber, wie wir Frauen und Familien in schwierigen Situationen stärken und besser unterstützen können. Reden wir darüber, wie wir Einsamkeit und Isolation im Alter vermeiden können, gerade auch in Krisensituationen. Lassen Sie uns gemeinsam aus der Pandemie lernen im positiven Sinn, um unsere Gesellschaft zu versöhnen und nicht zu spalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin spricht für die CSU-Fraktion. Es ist Frau Kollegin Carolina Trautner.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie war eine unvorhersehbare Katastrophe und eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung für unsere Bürgerinnen und Bürger ohne Blaupause und ohne Erfahrung aus ähnlichen Situationen. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass wir eigentlich insgesamt ganz gut durch die Pandemie gekommen sind. Es war ein großer, gemeinsamer Kraftakt unter permanenter Einbeziehung von Experten, Praktikern vor Ort und Wissenschaftlern. Wir haben sogar einen Ethikrat eingerichtet. Sämtliche Entscheidungen, Vorgaben und Richtlinien wurden nie im Alleingang, sondern stets unter Einbeziehung von Fachleuten getroffen, gemäß dem jeweiligen Kenntnisstand, den wir zu diesem Zeitpunkt über das Virus hatten.

Zu Beginn hatten wir keine Tests, keine Impfung und schreckliche Bildern aus anderen Ländern vor Augen. Es gab also ein permanentes Austarieren zwischen dem größtmöglichen Schutz für die Bevölkerung und dem Eingriff in die Persönlichkeitsrechte eines jeden Einzelnen. Keiner hat sich die Entscheidungen leicht gemacht. Die Entscheidungen wurden permanent evaluiert, überprüft und, wenn notwendig, auch angepasst. Dabei boten wir die größtmögliche Transparenz. Es gab Schriftliche Anfragen, Debatten im Landtag nach etlichen Regierungserklärungen und die Befragung der Staatsregierung. Später wurden Entscheidungen durch unabhängige Gerichte über-

prüft, auch hier mit dem Ergebnis, dass viele Entscheidungen überwiegend als recht-mäßig eingestuft wurden.

Natürlich wurden im Nachhinein manche Punkte anders bewertet. Das ist logisch. Wenn ich ein detaillierteres Wissen über das Virus und dessen Verbreitung mit ausgefeilten Testungen im Hintergrund und einer Impfmöglichkeit habe, kann ich Entscheidungen anders bewerten. Das ist klar. Wichtig ist, aus den Erkenntnissen zu lernen. Wir sind dabei, kritisch zu hinterfragen, was man unter diesen Gesichtspunkten anders machen würde. Das haben wir als CSU in unserer Fraktion und im Arbeitskreis für Gesundheit übrigens auch getan.

Unbestritten ist, dass Kinder und Jugendliche heute noch unter den Auswirkungen der Schulschließungen und dem Wegfall der sozialen Kontakte, die sie damals hatten, leiden. Natürlich gilt es hinzusehen, was damals mit den Senioren passiert ist. Aber es ist wichtig, dass wir jetzt in die Zukunft blicken. Es ist unsere große Pflicht zu tun, was möglich ist, um auf vergleichbare Situationen bestmöglich reagieren zu können.

Deshalb hat die CSU-Fraktion gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN erst am Dienstag im Ausschuss einen Antrag gestellt, der im Übrigen auch beschlossen wurde, dass die Staatsregierung dem Landtag umfassend berichten solle, welche Schlüsse aus der Pandemie gezogen wurden, um für die Zukunft bestmöglich aufgestellt zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Ein von der Fraktion der GRÜNEN ebenfalls vorgeschlagener Bürgerrat wurde abgelehnt. Heute, zwei Tage später, kommt nun die SPD mit dem Vorschlag eines Bürgerrats um die Ecke, der so bis ins Detail geregelt ist, dass es ein wahres bürokratisches Wunderwerk ist, darf ich einmal so sagen. Begleitend sollen Experten eingesetzt werden. Die Experten hatten wir die ganze Zeit. Diese begleiten uns auch weiterhin, wenn es um Handlungsempfehlungen geht. Dann sollen Parlamentarier in einer Kommission auch gemeinsam mit den Parlamentariern darüber sprechen. Ein Bürgerrat ist in unserer Verfassung gar nicht vorgesehen. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie,

meine Damen und Herren! Das heißt, wir alle sind Vertreter der Bürger. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben genügend verfassungsrechtliche Instrumente, um die Exekutive zu kontrollieren. Eine Versöhnung der völlig unterschiedlichen Lager der Corona-Leugner und Kritiker jeglicher Maßnahmen auf der einen Seite und der sich extrem sorgenden Befürworter strengster Maßnahmen auf der anderen Seite wird auch durch die Etablierung eines Bürgerrats nicht gelingen. Im Gegenteil werden die Gräben wieder neu aufgerissen. Zufällig ausgewählte Bürger sollen jetzt im Nachgang Entscheidungen bewerten, die unter komplett anderen Voraussetzungen getroffen wurden. Das bringt uns doch nicht weiter! Es gilt, jetzt in die Zukunft zu blicken. Das ist im Übrigen nach neuesten Erkenntnissen des Trendbarometers auch die Meinung der meisten Deutschen. Eine Befragung hat ergeben, dass die meisten mit den Entscheidungen, die in dieser besonderen Zeit getroffen wurden, im Großen und Ganzen zufrieden waren.

Viele – –

(Florian von Brunn (SPD): Nicht mit den Schulschließungen!)

– Ich habe doch die Schulschließungen schon genannt. Wie oft soll ich es noch sagen? In der letzten Rede letzte Woche habe ich sie auch genannt. Es ist doch schon längst als Thema etabliert, dies zu betrachten. Das ist doch nichts Neues!

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das sind die Ewiggestrigen!)

Mehrheitlich sehen auch die Deutschen in einer politischen Aufarbeitung keinen Sinn. Lassen Sie uns deshalb nach dem Antrag, der im Gesundheitsausschuss von der CSU gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN beschlossen wurde, jetzt den Bericht abwarten, der dem Landtag gegeben wird. Ich bin davon überzeugt, wir sind gut aufgestellt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Florian von Brunn macht eine Zwischenbemerkung.

Florian von Brunn (SPD): Frau Trautner, Sie haben gerade gesagt, politische Aufarbeitung ergibt keinen Sinn. Sie haben sich dabei auf eine einzige Umfrage von RTL bezogen. Wir wollen aber keine politische Aufarbeitung. Wir wollen einen Bürgerrat, in dem die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Sie waren ja die Betroffenen. Zudem wollen wir eine unabhängige Kommission. Was Sie vorschlagen, ist ein Bericht der Regierung, also wieder derjenigen, die gehandelt haben, verantwortlich sind und schon unzählige Berichte abgegeben haben. Warum wehren Sie sich gegen eine unabhängige Expertenkommission?

Carolina Trautner (CSU): Ich habe bereits ausgeführt, dass es eine Expertenbefragung zu jeder Zeit dieser Krise gegeben hat. Experten waren permanent einbezogen. Keine einzige Entscheidung wurde ohne Experten getroffen. Man hat hier maximale Transparenz gelebt, obwohl solche Entscheidungen auch Sache der Exekutive sind. Jetzt gilt es, nach vorne zu schauen und aus den gewonnenen Erkenntnissen als Vertreter der Bürger diesen Bericht abzuwarten. Dann können Sie das Ganze gerne auch noch einmal in Ihrer Fraktion evaluieren und diskutieren. Wir haben es getan.

(Florian von Brunn (SPD): Hinter verschlossenen Türen!)

Sie können gerne unsere Erkenntnisse erfahren, wenn Sie das wollen. Damit habe ich kein Problem. Diese betreffen zum Beispiel auch die Schulschließungen, von denen wir hier permanent in den Reden hören.

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Vogler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Vogler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, liebe Besucher auf der Besuchertribüne! Den Antrag der SPD hatten wir, wie die Kollegin gerade

schon gesagt hat, vor ein paar Tagen erst im Gesundheitsausschuss, allerdings von den GRÜNEN gestellt.

Die Einführung von Bürgerräten – darüber brauchen wir nicht diskutieren – ist nicht in unserer Verfassung vorgesehen, wie auch die Kollegin gesagt hat. Das brauchen wir nicht. Wir sehen es ja in Berlin. Da gibt es aktuell einen Bürgerrat. Wer hat ihn eingeführt? – Die Ampel-Regierung; ein Bürgerrat zum Thema "Ernährung im Wandel" im Bundestag mit 160 Personen, willkürlich ausgesucht. Ich frage mich, nach welchen Zufallsprinzipien da ausgesucht wird, vielleicht Gesinnung, vielleicht Parteibuch. Ich weiß es nicht. Es bringt jedenfalls nichts, genauso wenig, wie es etwas bringt, wenn jetzt hier im Landtag 6 MdL einer Kommission angehören sollen mit 15 Wissenschaftlern, die die Daten offenlegen und die Ergebnisse bis Ende nächsten Jahres bzw. bis Mai nächsten Jahres präsentieren sollen.

Wozu brauchen wir einen Bürgerrat? – Wir brauchen keinen Bürgerrat zur Aufklärung der Corona-Maßnahmen. Wir brauchen Transparenz; das heißt, die Staatsregierung soll bitte mal ihre ganzen Protokolle offenlegen, ohne dass man das wieder einklagen muss. Nur Transparenz schafft Offenheit. Nur Offenheit schafft Klarheit, schafft Vertrauen bei den Bürgern, Verständnis und das, was Sie alles fordern. Versöhnung bei den Bürgern schafft man nur, wenn man auch seine Fehler auch in der Staatsregierung

(Johannes Becher (GRÜNE): Die AfD will die Bürger nicht beteiligen!)

anerkennt und zugibt. Das würde Größe zeigen, auch von Herrn Söder, wenn er sagen würde: Ja, ich habe da Fehler gemacht. Liebe Bürger, verzeihen Sie mir! Ich bleibe natürlich voller Demut hier in Bayern und gehe nicht nach Berlin.

(Johannes Becher (GRÜNE): Keine Bürgerbeteiligung mit der AfD! Das ist ja interessant!)

– Bürgerbeteiligung haben wir. Wir sind frei gewählte Abgeordnete. Das wissen Sie selber, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Die Bürger haben uns gewählt, und wir vertreten die Bürger gut und nach bestem Wissen und Gewissen in diesem Parlament.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie wollen die Bürger nicht beteiligen!)

Zur Corona-Politik: Ich denke mal daran, was wir alles gehabt haben bei dem Thema "Wir bleiben zu Hause". – Das haben doch viele schon wieder vergessen. Wir hatten Lockdowns und Schließungen von nicht essenziellen Geschäften. Wir hatten Maskenpflicht, überall, im öffentlichen Nahverkehr, in Geschäften. Sogar im Freien sollte man Maske tragen. Wir hatten Kontaktbeschränkungen, sogar zu Weihnachten. Da war es dann nicht mehr erlaubt, dass man unbegrenzt zusammen mit der Familie feiern kann. Wir hatten die Schulschließungen und den Wechselunterricht, der hier auch schon angesprochen worden ist. Ich habe auch ein, zwei Bekannte, deren Kinder immer noch unter der Maskenpflicht, unter diesen Schulschließungen und unter diesem Distanzunterricht leiden. Das geht nicht. Die Kinder und die Alten haben am meisten darunter gelitten. Das ist eine Schande.

(Beifall bei der AfD)

Wir hatten Testpflicht für Reisende und Besucher. Wir hatten Quarantäneverordnungen für sogenannte Infizierte; denn es wurde bis zum Gehnichtmehr getestet.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sogenannte Infizierte! Wir hatten eine ganze Reihe von Corona-Leugnern!)

Es wurde ja nicht mehr unterschieden zwischen einem, der getestet worden ist, und einem, der wirklich erkrankt war; denn es ist schon ein Unterschied, ob man positiv getestet worden ist oder ob man erkrankt ist. Es gab regional angepasste Maßnahmen

nach Infektionslage. Es gab, wie gesagt, die Kontaktbeschränkungen. Es gab das Silvesterverbot, sodass man nicht einmal draußen ein Feuerwerk abbrennen durfte, obwohl draußen die Gefahr sicherlich gering ist.

Ich denke an die ganzen Impfschäden. Ich war auf einem Corona-Symposium mit Prof. Dr. Bhakdi, einer Koryphäe, einem kompetenten Mann – das können Sie sich mal anhören –, der auch gesagt hat: Alle, die zum Glück keine Schäden davongetragen haben, werden auch keine davontragen. Das ist etwas Positives. Alle, die etwas davongetragen haben, haben leider diese Schäden und müssen damit leben, so bedauerlich das auch ist.

Ich habe auch Bürger erlebt, bei denen es mir fast das Herz zerrissen hat. Die Dame hat gesagt: Nach der Impfung wurden ihr Organe entnommen. Sie wird die nächsten Monate versterben. – Hat sie gesagt. Ich hoffe, dass sie noch lebt. Schönen Gruß an dieser Stelle an diese Dame, die da in Berlin unter Tränen berichtet hat. Was diese Maßnahmen mit den Leuten gemacht haben, ist Wahnsinn. Das muss lückenlos und vollumfänglich aufgeklärt werden. Da gibt es keine Vertuschungsmaßnahmen. Da gibt es keine Bürgerräte, die das Ganze machen. Da gibt es keine Ausflüchte. Da heißt es nur: Transparenz, Transparenz und noch mal Transparenz.

(Beifall bei der AfD)

Ich denke auch an die Zeit, als ich noch im Rettungsdienst gefahren bin – das war bis Mai 2020 –, und daran, wie man die ganzen Patienten mit Engelszungen überreden musste, doch bitte mit ihrem Herzinfarkt usw. ins Krankenhaus zu kommen. Das war so aufgrund Ihrer Politik, auch aufgrund der Politik der Ampel, die bis Frühjahr 2023 noch mitregiert und die ganzen Maßnahmen mitgetragen hat. Da finde ich es absurd von Ihnen, die Sie das mitgetragen haben, hier jetzt einen Bürgerrat zur Aufklärung zu fordern. Die Leute hatten Panik, dass sie im Krankenhaus daran sterben, dass sie im Krankenhaus Corona bekommen. Die sind dann aufgrund Ihrer Panikmache an den

Folgen gestorben. Das ist wirklich widerlich. Das geht gar nicht, und das muss man aufklären.

(Beifall bei der AfD)

Ansonsten schaue ich mal auf die Arbeitslosigkeit. In München hier stieg die Quote der Arbeitslosigkeit von 3 % auf 6 %, verdoppelte sich also. Wir hatten Umsatzeinbußen. Wir haben jetzt noch die Corona-Rückzahlungen, die anstehen. Das sind alles Sachen. Etliche Firmen sind bankrottgegangen, wie gesagt, von den Umsatzeinbußen von mindestens 50 % gar nicht zu reden.

Wir hatten psychische Gesundheitsfolgen. Die psychischen Erkrankungen haben extrem zugenommen in diesem Bereich. Das sagt auch eine Umfrage. Wenn ich mir das mal angucke: Eine Umfrage im Gesundheitsamt in München, also hier direkt vor Ort, ergab, dass circa 40 % der Befragten angaben, sich während der Pandemie häufiger gestresst gefühlt zu haben, und etwa ein Viertel gab an, unter Symptomen von Angstzuständen und Depressionen gelitten zu haben. Warum? – Weil die Maßnahmen einfach übergriffig, restriktiv, unverhältnismäßig und unnötig waren.

(Beifall bei der AfD)

Zu Ihnen, Herr von Brunn. Sie hatten am 30.11.2021 noch gefordert: "Wir brauchen einheitliche Kontaktbeschränkungen und viel mehr Impfungen." – Wunderbare Aussage von Ihnen. Sie haben das Ganze mitbefeuert. Sie wollten die Leute mit in diese Impfungen – manche freiwillig, manche unfreiwillig – zwingen. Sie wollten mehr Maßnahmen. Sie waren mit einer der Antreiber dieser katastrophalen Maßnahmen, und Sie haben nicht dagegen opponiert, weder im Landtag noch im Ausschuss. Schämen Sie sich! Sie sollten sich schämen, Sie sollten Ihren Mund halten!

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Ich lasse mir von Ihnen bestimmt nicht den Mund verbieten!)

Bürgerrechte sind wichtig. Bürgerräte sind sozialistisch. Ich komme aus der ehemaligen DDR, aus Mecklenburg-Vorpommern. Wo ist der Kollege Locke? – So heißt es richtig: Mecklenburg-Vorpommern und nicht "Vorpommen" oder so. Ich brauche keine rote Diktatur und rote Politik, weder nationalsozialistische noch ökofaschistische aus Ihren Reihen. Das braucht man nicht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Wir fordern deswegen vehement lückenlose Aufklärung und Aufarbeitung dieser Maßnahmen. Sie müssen vollumfänglich aufgeklärt werden. Das kann die Staatsregierung ohne langes Prozedere sicherstellen, indem sie ihre Akten einfach freigibt. Vielen Dank! Wir lehnen das ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt zwei kurze Interventionen. Die erste kommt vom Kollegen Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vogler, es war eine der schwierigsten Phasen in der Nachkriegsgeschichte, und die Regierung hat gehandelt. Sie hat selbstverständlich auch Fehler gemacht, so wie jeder, der in dieser Situation gewesen wäre, auch Fehler gemacht hätte. Es ist unsere Pflicht, daraus für die Zukunft zu lernen ohne Schuldzuweisung, sondern in der gebotenen Sachlichkeit. Dass die AfD Bürgerinnen und Bürger hier offensichtlich nicht beteiligen möchte, nehme ich ganz ausdrücklich zur Kenntnis. Wir halten es für absolut sinnvoll, dass Bürgerinnen und Bürger an der Aufarbeitung beteiligt werden.

Deswegen habe ich mich aber nicht gemeldet. Ich habe mich gemeldet, weil Sie von "sogenannten Infizierten" gesprochen haben. Das ist eine absolute Frechheit, und zwar besonders gegenüber allen Familien, die in dieser Pandemie Menschen verloren haben. Menschen sind gestorben, und Sie sagen ihnen, das waren sogenannte Infizierte. Wenn Sie von Ökodiktatur und was weiß ich allem jetzt schwadroniert haben

und davon reden, dass sich andere schämen sollen, dann kehren Sie bitte vor der eigenen Haustür. Ich finde es unerträglich und wirklich widerlich gegenüber den Familien, die Menschen verloren haben, dass man das Coronavirus 2024 immer noch leugnet.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Vogler.

Matthias Vogler (AfD): Sie haben mir scheinbar nicht zugehört, sonst würden Sie nicht so einen Stuss reden. Aber gut.

(Widerspruch bei der CSU und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Anstand haben Sie nicht!)

– Doch, haben wir schon. – Das ist meine Ansicht. Sie kennen mich gar nicht. Sie können es gar nicht sagen. Sie haben nicht zugehört. Mein Vater und mein Bruder sind in dieser Zeit auch gestorben durch die Impfung.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Jeder, der infiziert war, war nicht an Corona erkrankt; der war positiv getestet. Das zum einen.

Zum anderen Punkt Ihrer Ausführungen: Wir haben im Grundsatzprogramm direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Wo haben Sie das?

(Zurufe der Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir fordern, dass die Bürger jederzeit die Fehlentscheidung einer Regierung, die ihnen nicht passt, zurücknehmen können. Das ist wahre Demokratie. Das hat mit Bürgerräten nichts zu tun. Nehmen Sie sich mal ein Beispiel an unserem Grundsatzprogramm. Das würde Ihnen gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sie rudern einfach zurück! Das können wir im Protokoll nachlesen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Kollege Florian von Brunn hat das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Ich möchte schon noch mal klarstellen, was der Unterschied zwischen uns ist. Wir haben nicht gesagt und sagen das auch heute nicht, dass man keine Maßnahmen hätte ergreifen müssen, so wie Sie das inzwischen tun. Wir sind tatsächlich der Meinung, dass die Impfung viele Leben gerettet hat. Wir wollen allerdings auch überprüfen: Welche Gruppen hat es besonders getroffen? Was kann man tun, um ihnen heute zu helfen, zum Beispiel Kindern und Jugendlichen? Was kann man vielleicht das nächste Mal besser machen? Also ein konstruktiver Ansatz. Sie wollen nur Ihr politisches Kapital daraus schlagen.

Ich möchte an der Stelle schon noch mal etwas sagen, weil sich das in den Protokollen des Landtags nachlesen lässt. Als in den ersten Wochen hier wirklich nicht klar war, was passierte, da hat Herr Hahn, damals Ihr Fraktionsvorsitzender, der Regierung Söder einen Blankoscheck ausgestellt: Er werde alles mittragen, und man kenne jetzt keine Parteien mehr usw.

(Widerspruch bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das stimmt nicht!)

So war es, und danach haben Sie erkannt, dass Sie sich mit Querdenkern und allen anderen verbünden können. Wohin Ihre Politik geführt hätte, das kann man in Brasilien besichtigen, wo Bolsonaro eben so etwas zugelassen hat. Das wäre wirklich schlimm gewesen für Deutschland.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Fake News!)

Gott sei Dank tragen Sie keine Verantwortung für Deutschland und werden auch hoffentlich keine tragen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Vogler, bitte.

Matthias Vogler (AfD): Noch mal vielen Dank für das Wort. – Zum einen wussten alle Parteien, auch im Bundestag und in den Landtagen, zu Anfang dieser Pandemie nicht, was da auf einen zukommt. Deswegen haben auch unsere Fraktionen, landauf und landab, erst einmal alles mitgetragen, weil wir selber noch nicht wussten, wo es hingeht.

Nachdem wir gesehen hatten, dass das ein Irrweg ist, haben wir uns einer anderen Ansicht angeschlossen, die wir bis zum Ende durchgezogen haben. Jeder, der sich impfen lassen wollte, der durfte und der sollte sich impfen lassen. Wir waren für eine freie Impfentscheidung über den eigenen Körper. Das sind wir immer noch. Jeder soll über seinen Körper selbst entscheiden können. Bei jedem Einzelnen, der in dieser Zeit gestorben ist, ist es tragisch, wenn er an Corona gestorben ist. Aber viele sind auch mit Corona gestorben, was auch tragisch ist, was es nicht schmälert. Aber man muss dann differenzieren, was nicht getan wird.

Wir sind für eine Aufklärung, damit man das Ganze, was da passiert ist, auch an Fehlentscheidungen, evaluieren kann und wir bei der nächsten Pandemie, wenn eine kommen sollte, oder bei der nächsten Großschadenslage wissen, welche Maßnahmen wir definitiv nicht mehr durchführen. Daraus sollten alle, und zwar alle, lernen. Dazu gehört eine Aufklärung, eine Offenlegung.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Dann fragen Sie Ihre Kameraden, warum sie sich beim Impfen vorgedrängt haben!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste hat die Kollegin Susann Enders für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, wie oft ich das hier schon genau an diesem Rednerpult gesagt und wiederholt habe: Die Corona-Zeit hat zu zahlreichen Entscheidungen geführt, die aus heutiger Sicht kritisch sind. Die Corona-Zeit muss uns eine Lehre sein, und wir müssen reflektieren, dazulernen und noch sorgsamer werden. Regierungen,

Oppositionen und Medien bundesweit müssen selbstkritisch auf ihr Handeln zurück-schauen und heute auch eingestehen, dass manche Entscheidungen, die unter den damaligen Gesichtspunkten als richtig erschienen, sich heute nun mal als falsch her-ausstellen. Es bricht doch niemandem einen Zacken aus der Krone, wenn er hier heute für Fehlentscheidungen um Entschuldigung bittet oder aus diesen Fehlern auch lernt. – So sehe ich das, so habe ich es hier mehrfach sehr deutlich gesagt.

Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass die Corona-Pandemie "die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft seit dem 2. Weltkrieg" gewesen sei. Das hat die Bayerische Staatsregierung schon während der Corona-Pandemie erkannt. Anstatt aber mit der dringend nötigen Sachlichkeit hier gemeinsam die besten Lösungen zum Schutz der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu finden, haben unter anderem Sie, liebe Kollegen von der SPD, unterstützt von weiteren Oppositionsfraktionen hier im Bayerischen Landtag, hier vorne am Pult im Plenarsaal Reden mit Schaum vor dem Mund gegen jede zweite Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung gehalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Verhalten, meine Damen und Herren, hat mit dazu beigetragen, dass die Gesell-schaft gespalten wurde; und das in einer Zeit, in der Gemeinsamkeit so wichtig gewe-sen wäre, und allein – das unterstelle ich jetzt – aus parteipolitischer Motivation. Sie sollten sich schämen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Die Unterstel-lung stimmt nicht!)

Dass Kita- und Schulschließungen – –

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Jetzt muss ich kurz unterbrechen: Herr von Brunn, Sie haben hier wöchentlich die Absetzung von Hubert Aiwanger gefordert, also irgend so einen Schmarrn, anstatt ge-

meinsam Lösungen zu finden. Das können Sie doch wirklich stecken lassen. Wir waren hier im Parlament und haben gemeinsam diskutiert.

(Florian von Brunn (SPD): Die Absetzung von Hubert Aiwanger habe ich nach Erding gefordert!)

Sie sind genau miteinbezogen worden, alle hier im Parlament. Deshalb gehe ich jetzt in meiner Rede weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine sehr verehrten Kollegen der SPD, Ihr angesprochener Bürgerrat hört sich in den Medien wieder mal gut an: Die Bürger sollen einbezogen werden, die Regierung will es dann wieder nicht, sie will die Bürger rausbringen. – So ein Schmarrn! Wir sind doch hier die Bürger.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Seien Sie jetzt still! Wir sind doch hier die Bürger. Ich bin die Krankenschwester, die von zu Hause hier in den Bayerischen Landtag gewählt wurde.

(Florian von Brunn (SPD): Die anderen sind auch von zu Hause gewählt!)

Wir sind die Bürger und nicht willkürlich oder zufällig ausgeloste Menschen, die dann hier unsere Arbeit machen sollen. Nein, da haben nun mal schon wir eine Verantwortung.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass das verfassungsrechtlich überhaupt nicht vorgesehen und überhaupt nicht umsetzbar ist. Außerdem darf ich Sie daran erinnern, dass wir genau darüber bereits im Gesundheitsausschuss diskutiert haben.

Der Freistaat ist eine repräsentative Demokratie. Für die Kontrolle des Handelns der Exekutive gibt es verfassungsrechtliche Instrumente. Zum einen überprüfen die Ge-

richte das Handeln der Exekutive anhand des geltenden Rechts und unter Anwendung des Prozessrechts, was natürlich selbstverständlich auch die Transparenz für die Öffentlichkeit sicherstellt. Weiterhin wurde und wird hier im Landtag öffentlich berichtet und demokratisch entschieden. Es sind Medien im Plenarsaal und Zuschauer auf der Tribüne, Bürgerinnen und Bürger. Denn das sind wir. Wir sind nämlich nichts Besonderes. Wir sind Bürgerinnen und Bürger, die in den Bayerischen Landtag gewählt wurden und die hier Entscheidungen zu treffen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Bürgerrat, ein nach dem Zufallsprinzip zusammengesetztes Gremium, scheint mir völlig ungeeignet als Gremium für die Aufarbeitung der Maßnahmen während der Corona-Pandemie zu sein. Viel sinnhafter und aufschlussreicher ist es, dass die Staatsregierung dem Landtag hier umfangreich berichtet – genau das haben wir letzte Woche beschlossen –, auch darüber, welche Schlüsse aus heutiger Sicht aus der Corona-Pandemie bereits gezogen wurden, um für kommende Krisensituationen möglichst gut gerüstet zu sein. Da können Sie sich dann auch wieder zu Wort melden, da können Sie auch wieder mitdiskutieren, da können Sie auch wieder demokratisch mitentscheiden.

Noch ein Hinweis an die SPD im Bund: Weniger Hysterie, mehr Sachlichkeit und vor allen Dingen mehr Kompetenz hätte ich gerade in der Person eines Bundesgesundheitsministers

(Florian von Brunn (SPD): Kehren Sie mal vor der eigenen Tür!)

in einer Pandemie erwartet. Hier muss dringend nachgesteuert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Kehren Sie vor der eigenen Tür!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern Aufarbeitung. Ich danke der SPD, dass sie unseren GRÜNEN-Antrag vom 12. April aufgegriffen hat und ihn hier ins Plenum gebracht hat.

Herr Ministerpräsident – er ist nicht da, aber das ist ja egal –, Sie fürchten sich vor der Aufarbeitung. Diese Angst ist unbegründet. Haben Sie Mut, seien Sie selbstbewusst und souverän. Wer integer ist, muss nichts fürchten.

Wenn wir hinwegsehen über die einzelnen Details, über die man streiten kann, dann kann man schon klarstellen, dass wir in der Grundausrichtung der Politik in Bayern einig waren. Die Corona-Politik in Bayern war getragen von dem Willen, das Beste für das Land zu erreichen. Alle demokratischen Kräfte des Landes waren sich einig und standen zusammen – für die Grundausrichtung. Da gab es keine Trennung zwischen Regierung und demokratischer Opposition, und hier stehen wir auch gemeinsam in der Verantwortung. Seien Sie mutig. Es geht nicht um die Aufarbeitung eines Unrechts, sondern es geht um das Lernen für die Zukunft.

Außerdem – das finde ich auch wichtig – ist es auch ein psychotherapeutischer Akt. Die Gesellschaft ist erschüttert worden, und sie hat Risse gezeigt. Wir waren hin- und hergerissen zwischen einerseits der Sorge um die Gesundheit und andererseits der Sorge um die wirtschaftliche Existenz. Aber es gab auch ein Drittes, nämlich das Bangen um Freiheit. Man kann den Kopf schütteln, man kann alle Spinner nennen; denn die Pandemie war ja echt und die Gefahr einer Diktatur war es nicht. Ich verlange von Staatsbürger:innen eine gesunde Grundskepsis gegenüber der Regierung,

(Lachen bei der AfD)

gegenüber Medien, gegenüber Mehrheitsmeinungen. Aber ich verlange mindestens dieselbe Skepsis gegenüber dubiosen Meinungsmachern und Hetzern. Aber manche haben wirklich alles geglaubt, bis hin zu wahnhaften Zügen, angeheizt von Rattenfängern von rechts, finanziert von Russland. Das kann man alles kritisieren.

Aber es gab auch Wunden, Erschütterungen und Risse im Vertrauen; all das ist geblieben und das müssen wir ernst nehmen. Ich hatte bei uns im Bayerischen Wald, in Perlesreut, eine Begegnung mit einer Frau, die sehr aufgebracht war. Es war ihr wichtig, mit mir zu reden und mir mitzuteilen, wie es sich anfühlte, als Ungeimpfte stigmatisiert zu sein. Sie sah mich als Mitverantwortlichen an. Ich hatte das Gefühl, dass sie ein Stück weit traumatisiert war und es ihr sehr wichtig war, dass sie mir das mitteilen konnte, auch wenn sie ein bisschen lauter geworden ist. Ich kann ihre Gedanken und Gefühle nachvollziehen, weiterhin finde ich aber auch unsere Haltung von damals richtig. Aber zuhören, miteinander sprechen, verstehen und erklären sind wichtig für beide Seiten und für die gesamte Gesellschaft.

Herr Ministerpräsident, Ihre Wagenburgmentalität ist für das Land schädlich. Seien Sie mutig! Seien Sie ehrlich! Seien Sie offen! Helfen Sie mit, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen, und zwar in allen Teilen der Gesellschaft! Stimmen Sie unserem Bürgerrat zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Schuberl, bleiben Sie bitte am Rednerpult oder kommen Sie noch einmal ans Rednerpult zurück. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Ramona Storm vor.

Ramona Storm (AfD): Sie haben ja erklärt, dass Sie keine Aufklärung möchten, sondern eine Aufarbeitung, wie man es das nächste Mal besser machen kann. Das kommt mir fast so vor – bitte nicht persönlich nehmen – wie eine Räuberbande, die erwischt wurde und hinterher versucht zu lernen, was sie falsch gemacht hat, um nächstes Mal nicht mehr erwischt zu werden.

Toni Schuberl (GRÜNE): Sie sind die Räuberbande!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gelogen! Sie haben gehetzt! Man hat das am vorigen Redebeitrag eines Ihrer Abgeordneten gemerkt. Ich musste mich wirklich zurückhalten, keinen Zuruf zu machen, um meine Meinung zu sagen, da ich sonst eine Rüge bekommen hätte. Sein Redebeitrag war unter jeglichem Niveau, das ist schon unglaublich. Sie hören auch nicht auf mit Ihren Lügen, Sie hören nicht auf mit Ihrer Hetze. Ich weiß nicht, ob Sie immer noch von Russland finanziert werden, um unser Land zu destabilisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten eine Corona-Pandemie; Menschen sind am Coronavirus gestorben. Wir haben Menschenleben gerettet, indem wir die Menschen geimpft haben. Wir mussten in diesem Land zunächst einmal mit enormer Geschwindigkeit einen Impfstoff entwickeln, der dann auch noch produziert werden musste. Es war schwierig genug, den Impfstoff allen zur Verfügung zu stellen. Damit haben wir die Pandemie in den Griff bekommen. Mit Ihnen wäre das ganze Land untergegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als Nächste hat Frau Doris Rauscher das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Jahre der Pandemie waren eine Zeit voller Einschnitte, Beschränkungen und Herausforderungen. Vor allem der Alltag von Kindern, Jugendlichen und Familien wurde von heute auf morgen auf den Kopf gestellt. Schulen und Kitas wurden beinahe über Nacht wiederholt geschlossen, ebenso Sportvereine, Freizeiteinrichtungen und Jugendtreffs. Sogar Spielplätze waren anfangs – Sie erinnern sich – mit einem rot-weißen Flatterband abgesperrt. Soziale Kontakte waren nur noch sehr eingeschränkt möglich. Ja, zum damaligen Zeitpunkt waren sicherlich viele Entscheidungen richtig und wurden von der großen Mehrheit der Menschen in unserem Land getragen.

Wir haben vor allem den Kindern, Jugendlichen, Familien und besonders den Frauen und Alleinerziehenden extrem viel zugemutet, zum Teil zu viel. Das Wegbrechen der gewohnten Strukturen und des sozialen Umfelds hat bei Kindern und Jugendlichen bis heute deutliche Spuren hinterlassen. Vor allem Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen waren überproportional betroffen, beispielsweise auch durch eine beengte Wohnsituation während der Isolation.

Die starke Zunahme psychischer Erkrankungen wie von Angstzuständen und Depressionen ist erschütternd. Für viele ist die Pandemie auch heute noch nicht vorbei. Gerade auf Landesebene sind viele weitreichende und teilweise auch sehr strenge, einschneidende Entscheidungen getroffen worden. Deswegen müssen wir alle diese Entscheidungen auch auf Landesebene im Rahmen eines Bürgerrates unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Kinder und Jugendlichen aufarbeiten. Wieso wehren Sie sich so dagegen?

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das nicht anklagend, aber sensibel und verantwortungsvoll. Genau darum geht es. Es geht auch darum, verlorenes Vertrauen der Bevölkerung wiederzuerlangen. Ja, es war für uns alle die erste Pandemie. Es wäre wichtig, dass wir es bei einem zweiten Mal besser machen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind wir den Menschen in unserem Land, besonders auch den Kindern und Jugendlichen, eine ehrliche Aufarbeitung schuldig; denn Erfahrung ist nicht, was einem Menschen widerfährt, sondern was er daraus macht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Herrmann um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Abgesehen davon, dass ich ein leichtes Déjà-vu empfinde im Vergleich zur letzten Woche, als wir das Thema im Rahmen der Aktuellen Stunde schon einmal diskutiert haben, habe ich den leichten Anfangsverdacht, dass es Ihnen, lieber Herr von Brunn und Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, mit dem Antrag nicht um den dort formulierten Erkenntnisgewinn geht, sondern eigentlich wieder um politische Spielchen. Wie hat es Goethe so schön gesagt? – Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.

Zunächst einmal würde ich einen anderen Grundansatz wählen, nämlich nicht immer nur diesen negativen. Ich finde, der erste Satz nach dieser Pandemie muss immer heißen: Wir sind gut durch diese Pandemie gekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man sollte das immer vorne hinstellen bei allen Fragen, die sich danach stellen und die man zu Recht ansprechen muss; das ist doch keine Frage. Darum ist auch die Unterstellung des Kollegen Schuberl, man würde sich einmauern und nicht darüber reden wollen, Unsinn. Es ist völlig klar, dass man über alle Themen, die sich im Zusammenhang mit so einer Pandemie stellen, wie auch über alle anderen politischen Themen spricht. Aber der erste Satz sollte immer sein: Wir sind gut durch diese Pandemie gekommen.

Das hatte auch Gründe: Wir haben beherzt entschieden, der Ministerpräsident hat in dieser Situation beherzt geführt, wir hatten über weite Teile große Einigkeit im Parlament, wir haben anhand der Expertise von Expertinnen und Experten entschieden, bei aller Schwierigkeit, die das mit sich gebracht hat, da oftmals unterschiedliche Meinungen vertreten wurden. Wir hatten extrem aktive Menschen im ganzen Land – Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger, Menschen in den verschiedenen Berufen, in der Bundeswehr, bei den Sicherheitsbehörden und auch in den Betrieben –, die die Bewältigung der Pandemie und deren Auswirkungen mit Vernunft mitgestaltet haben.

Dass es so gelungen ist, war schon ein großer Erfolg unserer Gesellschaft, auch unserer Regierung, unseres Parlaments und unseres politischen Systems.

Am Ende ist es auch durch die Erfolge der Wissenschaft so gelungen – das gehört auch immer betont. Es ist gelungen, zwölf Monate nachdem dieses Virus zum ersten Mal bei uns aufgetaucht ist, mehrere Impfstoffe zu haben, die leistungsfähig waren und mit denen die Menschen, die das wollten, in relativ kurzer Zeit geimpft werden konnten. Damit konnte die Pandemie beendet werden. Die großen Erfolge sollten wir immer in den Vordergrund stellen.

In diesem Kontext würde ich dringend empfehlen, nicht durch Begrifflichkeiten letztlich auf das Konto derer einzuzahlen, die das gar nicht so wollen, sondern die eigentlich ihre Spaltungstendenzen weiterbetreiben wollen. Ich meine nicht Sie. Ich warne davor, immer über Versöhnung zu reden. Das unterstellt nämlich, dass diese Gesellschaft vollkommen zerstritten und gespalten ist; das stimmt nicht. Es gab schon während der Pandemie Umfragen und Erhebungen von Meinungsforschern. Dabei kam heraus, dass es freilich Teile der Gesellschaft gibt, die das alles nicht mittragen und die die Vorgehensweise absurd und falsch finden. Aber das war immer ein kleiner Teil der Gesellschaft. Dieser Spalt ging nie durch die Mitte der Gesellschaft. Meine Damen und Herren, reden wir also nicht immer vom Versöhnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Reden wir auch nicht von Spaltung. Wir zeichnen Bilder, die der Realität nicht entsprechen. Das sollte man immer wieder betonen: Es handelt sich um ein sehr gefährliches Virus. Darum kann man das auch nicht kleinreden. Es ist ein tödliches Virus mit seinen unterschiedlichen Ausprägungen und Veränderungen, die sich im Lauf der Zeit ergeben haben und sich laufend ergeben. Es kam zu Todesfällen und zu schweren Erkrankungen. Es gibt heute immer noch Menschen, die an diesem Virus leiden, weil sie zum Beispiel Long COVID oder ähnliche derartige Erkrankungen haben. Allein das ist schon der Beweis dafür, dass gehandelt werden musste und dass man das nicht als

leichte Grippe laufen lassen konnte, die irgendwann vorbei ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Dann würde ich in Richtung der Antragsteller betonen: Dort wird immer Transparenz eingefordert. Völlig zu Recht. Aber wir haben transparent gehandelt. Dort werden dann Begriffe wie "Corona-Akten" verwendet. Wir sollen alle Corona-Akten vorlegen. – Das klingt wie ein Thriller, die Sowieso-Files. Vielleicht sagen Sie besser "COVID-Files". Dann hört es sich noch dramatischer an. – Das sind ganz normale Akten unseres staatlichen Handelns auf allen Ebenen. Einen riesigen Teil davon hatten Sie im Untersuchungsausschuss, der in der letzten Legislatur noch stattgefunden hat. Dann wäre es doch eigentlich sinnvoll, mit diesen Akten Erkenntnisgewinne zu erzielen. Dann kann man sich noch weitere anschauen, wenn man das unbedingt will. Aber dann muss man auch so ehrlich sein und die Schlussfolgerungen aus diesen Akten ziehen, wie wir es hier nach dem Untersuchungsausschuss mit der Mehrheit getan haben. Aber das haben Sie nicht. Deshalb zweifle ich daran, dass die Vorstöße, die Sie hier machen, wirklich den Zweck erfüllen sollen, den Sie behaupten, nämlich größere Transparenz und echte, grundsätzliche Aufarbeitung zu bringen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich zur Behauptung, die Wissenschaftler seien nicht unabhängig: Ich kenne keinen Wissenschaftler, der nicht unabhängig ist. Die sind alle unabhängig. Das macht es manchmal so mühsam, weil sie die unterschiedlichsten Meinungen aus ihrer jeweiligen Erfahrung heraus vertreten. Deshalb immer zu unterstellen, irgendwas ist hier nicht unabhängig oder man müsste endlich mal etwas Unabhängiges tun, ist so eine Lieblingsbeschäftigung der SPD und der GRÜNEN. Das gilt auch für unabhängige Polizeibeauftragte und unabhängige sonstige Behörden, die man noch einrichten müssen.

te. Immer diese Unterstellung und dieses Misstrauen, es sei irgendetwas irgendwie gemauschelt und hingedreht – das ist einfach Unfug. Wir haben uns mit Experten auseinandergesetzt und zur Kenntnis genommen, was die zu sagen hatten. Da gab es überhaupt nichts herumzudrehen.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will: Es ist, wie letzte Woche auch schon gesagt wurde, eine Binsenweisheit, dass man nachher klüger ist als vorher. Das gilt für alle politischen Bereiche und für alle Lebensbereiche. Es ist klar, dass in jedem politischen Bereich und erst recht in einem so komplexen wie einer Pandemie viele Entscheidungen getroffen werden mussten, die man aus der Rückschau vielleicht anders betrachtet. Das ist eine völlige Binsenweisheit. Deshalb frage ich mich, weshalb man dann an so einer Stelle eine Art Gesamtaufarbeitung betreiben will. Das schlagen Sie vor: eine Art Gesamtaufarbeitung des Gesamtkomplexes Corona.

(Florian von Brunn (SPD): Genau!)

Das ist etwas völlig Ungewöhnliches, weil wir normal nicht so arbeiten, sondern bestimmte Lebenssachverhalte betrachten und schauen, dass wir uns dort weiterentwickeln und verbessern. Das Gleiche wäre, wenn irgendwann die Ampel-Bundesregierung nicht mehr im Amt ist, zu sagen: Jetzt werden wir mal diese gesamte Zeit der letzten vier Jahre aufarbeiten. – Das wird kein Mensch machen, sondern man wird halt andere politische Entscheidungen treffen, wenn man andere Mehrheiten hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie können sich mal den Spaß machen und in Ihrem Antrag statt des Worts "Corona-Pandemie" das Wort "Ampel-Regierung" einsetzen. Das ist ein ganz interessantes Experiment.

(Florian von Brunn (SPD): Total daneben, was Sie jetzt sagen! Peinlich! Da sollten Sie sich schämen! – Toni Schuberl (GRÜNE): Die Bundesregierung als Krankheit zu bezeichnen, ist nicht akzeptabel!)

Das ist genau der Punkt. Es geht darum, in einzelnen Bereichen aufzuarbeiten bzw. sich die wissenschaftliche Erkenntnis, die man nach drei Jahren Pandemie hat, nutzbar zu machen. Genau darum geht es. Das kann man nur auf wissenschaftlicher Basis; denn die einen, die es fordern, wollen nur ihre Verschwörungstheorien bestätigen. Die anderen meinen es ernst. Wenn es um die geht, die es ernst meinen, dann kann man es nur auf wissenschaftlicher Basis machen.

Das ist auch völlig klar. Man hat wesentlich mehr Daten. Das heißt, Epidemiologen können das anders beurteilen, auch Kinderärzte. Epidemiologen können heute zu der Frage, ob Kinder ansteckender sind oder nicht, etwas anderes sagen. Man muss sich vergewissern: Die Entscheidung zu Schulschließungen ist nicht willkürlich erfolgt, sondern auf der Basis von wissenschaftlichen Expertisen, die sich auf frühere Pandemien bezogen hatten und übrigens auch von Lauterbach gelesen und propagiert wurden. Sie brachten die Erkenntnis mit sich: Bei Schulschließungen kann ich die Verbreitung des Virus stärker eindämmen. – Das war die Erkenntnis. Das ist aus heutiger Perspektive oder in der Abwägung der Folgen heute vielleicht anders zu betrachten. Das ist eine der Erkenntnisse, die wir daraus gezogen haben. Dafür brauche ich aber keine Gesamtbetrachtung, sondern da nehme ich mir die einzelnen Bereiche vor. Darum ist der Antrag der Regierungsfraktionen von dieser Woche im Ausschuss genau die richtige Vorgehensweise: Welche Lehren zieht ihr, und was ist die Konsequenz?

Der letzte Punkt ist sicher der allerfalscheste Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich diese Bürgerräte. Ich frage mich sowieso: Was sollen diese Bürgerräte? Wir sind eine parlamentarische Demokratie, keine Räterepublik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen kann ich nicht den Mehrwert erkennen, was ich durch gewissermaßen anekdotische Evidenz für einen Mehrwert haben soll, wenn ich 40 beliebige, vermeintlich zufällig gewählte Bürgerinnen und Bürger nehme. Was soll da die echte Erkennt-

nis sein im Zusammenhang mit der Verbreitung eines Virus? Ich halte das für einen völlig verkehrten Ansatz.

Abgesehen davon sollte man sich nicht täuschen lassen: Hinter Bürgerräten steckt eine bestimmte linke Strategie,

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist Quatsch!)

bei der es darum geht, die Willensbildung in unserem Staat zu entparlamentarisieren,

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

weil man offenbar nicht die Mehrheiten hat, die man braucht,

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

und offenbar erkennt, dass man im Wege parlamentarischer Diskussionen und Beschlussfindungen nicht zu den Zielen kommt, die man sich nach seiner Ideologie wünscht.

(Zurufe von der AfD, den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb lenkt man ab in Richtung Bürgerräte, um dort zusätzliche Entscheidungskompetenz zu bekommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Das liegt an dem Phänomen gerade bei der Linken, dass man seine eigene Meinung total verabsolutiert und andere Meinungen eigentlich als falsch hinstellt. Das spiegelt sich in einem Parlament wie dem unseren nicht wider. Also sagt man, da braucht man einen Bürgerrat, der uns das richtig sagt. Das sind ja die Bürger; also muss man das unbedingt zu hundert Prozent umsetzen etc. Sie delegitimieren die parlamentarische Demokratie, genauso wie sie von der Seite delegitimiert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE):
Sie haben keine Ahnung, wie Bürgerräte funktionieren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher empfehlen wir, dem Dringlichkeitsantrag nicht zuzustimmen. Der Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER, der diese Woche durch den Gesundheitsausschuss beschlossen wurde, ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor.

(Unruhe und Heiterkeit)

– Nach unserer Geschäftsordnung zulässig und üblich. – Zunächst der Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister Herrmann, ich verstehe jetzt nicht, warum Sie die Bürgerräte so verurteilen, nachdem Augsburg mit einer CSU-Oberbürgermeisterin in der Pandemie schon einen Bürgerrat eingeführt hat, der sich übrigens auch bewährt hat.

Ich will Ihnen mal was sagen: Wir wissen, dass zum Beispiel gerade Frauen, die besonders betroffen waren, weil sie sich während des Lockdowns, während der Schulschließungen um die Kinder kümmern und gleichzeitig arbeiten mussten, diese Belastungen, die sie erlebt haben, als nicht genügend gesehen betrachten.

(Martin Wagle (CSU): Blödsinn! So ein Quatsch! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Käse!)

Ich habe auch in vielen Gesprächen mit Eltern und Schülerinnen und Schülern nach der Pandemie festgestellt, dass das bis heute nachwirkt und die Menschen immer noch nicht das Gefühl haben, dass die bayerische Schulpolitik genügend auf das ein geht, was da noch an Bedarf vorhanden wäre. Ich finde, dass man darüber in der Öf-

fentlichkeit reden muss und versuchen muss, damit irgendwie umzugehen, aber nicht in der Form, dass die Regierung hier wie die ganze Zeit während der Corona-Pandemie Berichte abgibt. Ich habe nicht davon gesprochen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht unabhängig sind, sondern ich habe gesagt, dass eine unabhängige Kommission und ein Bürgerrat besser sind, als wenn eine Regierung hier Berichte abgibt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Redezeit!

Florian von Brunn (SPD): Vielleicht noch ein letztes Wort.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nein, Herr Kollege von Brunn. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Florian von Brunn (SPD): Letzter Satz.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Was soll das? Das kannst du in deiner Fraktion machen!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Florian von Brunn (SPD): Wenn man alle Maßnahmen als Erster ergriffen hat – –

(Das Rednermikrofon wird abgestellt)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Staatsminister.

(Abgeordneter Florian von Brunn spricht weiter)

Herr Kollege von Brunn!

(Zuruf von der AfD: Rüge!)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege von Brunn, an Ihrer Frage hat man schon wieder gemerkt, dass mein Anfangsverdacht nicht so verkehrt war. Ihnen geht es offenbar nicht um objektive

Erkenntnisgewinne; denn wir waren gleich wieder mitten in der bayerischen Schulpolitik. Bei Ihren Vorschlägen geht es immer darum darzulegen, warum die Politik der Staatsregierung falsch ist. Das ist für eine Oppositionspartei auch legitim. Das verknüpfen Sie dann mit der angeblichen objektiven Aufarbeitung von etwas so Komplexem wie einer Pandemie. Das funktioniert so nicht. Wir müssen die einzelnen Themenfelder durchgehen. Genau das tun wir auch.

Sie glauben doch nicht, dass die Experten, die Virologen und die Epidemiologen, die Experten egal welches Fachgebiets, keine Veröffentlichungen über die Ergebnisse aus neuen Studien mit den neuen Daten herausgeben werden. Natürlich wird das geschehen. Dafür brauchen wir keine Kommission. Das machen die ganz von selbst. Einen Bürgerrat brauchen wir aus den Gründen, die ich gerade genannt habe, schon zweimal nicht. Ich halte das in einer parlamentarischen Demokratie für einen Irrweg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Dr. Herrmann, die Corona-Politik in Bayern war vor allem am Beginn der Pandemie ziemlich chaotisch, weil wir von der Pandemie überrascht wurden. Da ist ziemlich viel schiefgelaufen. Es gab viele schlecht gemachte Verordnungen, die wir aber trotzdem im Grundsatz mitgetragen haben. Es ist klar, dass man nicht vorbereitet war.

Sie sagen jetzt, es bräuchte keine Aufarbeitung, es sei eh alles gut. Sind Sie denn jetzt vorbereitet? Wären Sie jetzt nicht mehr so chaotisch und so schlecht vorbereitet?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir sind nicht chaotisch gewesen!)

Käme morgen eine Pandemie, wie wäre es denn dann mit der Beteiligung des Landtags? Wie sähe dann das Verfahren für den Erlass von Regelungen aus? Wäre es dann immer noch so, dass am Freitagnachmittag die Regeln beschlossen werden, die am Montagfrüh für die Schulen gelten sollen?

(Michael Hofmann (CSU): Unfassbar! – Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der namentlichen Abstimmung hat sich der Saal merklich gefüllt. Wir haben jetzt einen Lärmpegel, bei dem man die Redner fast nicht mehr versteht. Ich bitte Sie deshalb, die zwei Minuten bis zur Abstimmung durchzuhalten. – Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Schuberl, vielen Dank für die Frage, an der man merkt, dass Sie sich ständig total widersprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vorher gab es eine Äußerung aus den Reihen der AfD. Da haben Sie, gewissermaßen reflexhaft, die Corona-Politik verteidigt und erklärt, wie richtig alles war.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die Grundausrichtung! Ist das so schwer zu verstehen?)

Jetzt habe ich etwas gesagt, da kommt bei Ihnen ein anderer Reflex. Ich kann Ihnen nur sagen: Chaotisch war da gar nichts. Wir haben alles in sehr geordneter Weise bearbeitet. Wir haben auch keine schlampigen Verordnungen erlassen; denn sonst hätten nicht 98 % dieser Verordnungen die Prüfung durch das Verfassungsgericht unbeschadet überstanden. Ich sage das auch in die Richtung der Beamten und Beamtinnen, die diese Verordnungen geschrieben haben. Das war eine juristische Meisterleistung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt geht es aber nicht um Meisterpreise für die Formulierung juristischer Verordnungen, sondern darum, in einer extrem dynamischen Lage die richtigen Entscheidungen zu treffen. Soll es denn wirklich die Lehre sein, dass am Freitagabend keine Verordnungen veröffentlicht werden sollen, die am Montag gelten? Da kann ich nur sagen:

Ich hoffe, dass Sie nicht in Regierungsverantwortung sind, wenn wieder einmal eine Pandemie kommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin auch froh, dass Sie kein Verantwortlicher in irgendeiner Polizeiinspektion sind; denn sonst würden Sie wahrscheinlich am Freitagabend sagen: Leider können wir nicht mehr ausrücken, weil wir sonst erst einmal den Innenausschuss fragen müssten, ob wir den Einsatz durchführen dürfen.

Sie haben Bedarf an Erkenntnisgewinn und sollten einmal ein paar Schulungen belegen, wie man aus Pandemien lernt, bevor Sie das von anderen verlangen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bitte, Herr Kollege Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Dr. Herrmann, Sie haben gerade gesagt, dass während des Untersuchungsausschusses viele Dinge hätten geklärt werden können. Einiges wurde geklärt, zum Beispiel die Korruption der CSU.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So viel zur Würde des Hauses! – Bernhard

Pohl (FREIE WÄHLER): Wer kriegt Geld aus Russland?)

Natürlich stimmt das. Lassen Sie mich noch eines sagen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wissen Sie, was passiert ist, wenn wir etwas Interessantes fragen wollten? – Dann hat Herr Prof. Dr. Bausback gesagt, die Frage sei nicht zulässig. Da sind viele Fragen noch nicht geklärt worden. Warum haben Sie denn viel drastischere Maßnahmen als andere Bundesländer ergriffen? Sie haben behauptet, Sie hätten 130.000 Leuten das Leben gerettet. Sie haben nicht gesagt, wie Sie auf diese Zahl gekommen sind.

Warum haben Sie, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, damals die FFP2-Maske vorgeschrieben?

(Florian von Brunn (SPD): Da haben auch viele Gasmasken verwendet! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Fragen Sie Ihre Kollegen, warum sie beim Impfen so geschubst waren!)

Warum haben Sie die Kinder weggesperrt? Warum durften die nicht mehr in die Schule? Da gibt es viele ungeklärte Fragen. Was Sie sagten, ist definitiv falsch. Deswegen brauchen wir einen Untersuchungsausschuss Corona, damit wir die wichtigen Dinge klären können.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. – Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Das war ein totales Durcheinander. Ich habe nur die Hälfte verstanden.

(Gerd Mannes (AfD): Das liegt an der Lautstärke Ihrer Fraktion!)

Was ich verstanden habe, waren die üblichen Schleifen, die jedes Mal wiederkommen. Wir haben einen Untersuchungsausschuss gemacht, der zu einem bestimmten Ergebnis gekommen ist. Ich frage mich, warum wir diesen Untersuchungsausschuss überhaupt gemacht haben, weil Sie ja immer an Ihrer Meinung festhalten. Das ist völlig absurd.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen rate ich Ihnen, in die Geschäftsordnung zu schauen, um zu verstehen, welche Fragen in einem Untersuchungsausschuss zulässig sind und welche nicht. Ich habe vorher fünfmal das Wort "Unschuldsvermutung" und andere Rechtsgrundsätze gehört. Die scheinen immer nur für Sie zu gelten, aber bei anderen sind sie vollkommen egal. Vielleicht gewöhnen Sie sich einmal an die geordneten Verfahren hier im

Haus, dann werden Sie auch einen Erkenntnisgewinn bekommen, der dringend notwendig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/1914.

Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form unter Verwendung Ihres Abgeordnetenausweises und der Sprechstelle statt. Sofern noch nicht erfolgt, stecken Sie bitte Ihren Abgeordnetenausweis in den Kartenslot oben an Ihrer Sprechstelle. Andernfalls ist keine Teilnahme an der namentlichen Abstimmung möglich. – Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:27 bis 15:30 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen. Das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion.

Bevor wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag kommen, teile ich dem Hohen Haus mit, dass der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration in seiner Sitzung am 18. April 2024 den Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Mitglieds

des Landtags beraten und die Aufhebung der Immunität einstimmig befürwortet hat. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 19/1865 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimm-enthaltungen? – Keine. Damit ist die Immunität aufgehoben.

(...)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung – Bayern braucht Versöhnung und Transparenz!" auf Drucksache 19/1914 bekannt. Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 119 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung - Bayern braucht Versöhnung und Transparenz! (Drucksache 19/1914)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hüting Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X		Fackler Wolfgang			X
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander			X
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian			X
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan			X
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			X
Beißwenger Eric				Gießübel Martina			X
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Goller Mia			
Birzele Andreas	X			Gotthardt Tobias			X
Blume Markus				Graupner Richard			X
Böhm Martin		X		Grießhammer Holger		X	
Böltl Maximilian		X		Grob Alfred			X
Bozoglu Cemal	X			Groß Johann			X
Brannekämper Robert		X		Gross Sabine			
von Brunn Florian	X			Grossmann Patrick			X
Dr. Brunnhuber Martin		X		Guttenberger Petra			X
Dr. Büchler Markus				Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülsären	X			Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang			X
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard			X
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef			X
Dietz Leo				Dr. Herrmann Florian			X
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian		X	
Dünkel Norbert				Högl Petra			X
				Hofmann Michael			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander				Pargent Tim	X		
Holetschek Klaus	X			Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holz Thomas	X			Pirner Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard	X			Pohl Bernhard		X	
Huber Martin	X			Post Julia	X		
Huber Martin Andreas				Preidl Julian		X	
Huber Thomas	X			Rasehorn Anna	X		
Huml Melanie				Rauscher Doris	X		
Jäckel Andreas	X			Reiß Tobias		X	
Jakob Marina	X			Rinderspacher Markus	X		
Jungbauer Björn	X			Rittel Anton		X	
Jurca Andreas				Roon Elena		X	
Kaniber Michaela				Saller Markus		X	
Kaufmann Andreas	X			Schack Jenny		X	
Kirchner Sandro				Schalk Andreas			
Knoblauch Paul	X			Scharf Martin			
Knoll Manuel	X			Scharf Ulrike			
Köhler Claudia				Scheuenstuhl Harry	X		
Köhler Florian	X			Schießl Werner		X	
Kohler Jochen	X			Schmid Franz		X	
Koller Michael	X			Schmid Josef		X	
Konrad Joachim	X			Schmidt Gabi		X	
Krahl Andreas				Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus				Schnürer Sascha		X	
Kühn Harald				Schöffel Martin			
Kurz Sanne				Schorer-Dremel Tanja		X	
Lausch Josef	X			Schreyer Kerstin			
Lettenbauer Eva	X			Schuberl Toni		X	
Lindinger Christian	X			Schuhknecht Stephanie		X	
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina		X	
Locke Felix	X			Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan	X			Dr. Schwartz Harald		X	
Dr. Loibl Petra	X			Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer	X			Siekmann Florian		X	
Magerl Roland				Singer Ulrich		X	
Maier Christoph	X			Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand	X			Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd	X			Stadler Ralf		X	
Dr. Mehring Fabian	X			Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes	X			Stock Martin			
Meußgeier Harald	X			Stolz Anna			
Meyer Stefan	X			Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin	X			Straub Karl		X	
Mistol Jürgen	X			Streibl Florian		X	
Mittag Martin	X			Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayr Simone		X	
Müller Ruth				Stümpfig Martin		X	
Müller Ulrike				Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter	X			Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan	X			Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena				Triebel Gabriele			
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan			
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland	X		
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	37	119	0